

1. Themenblock: Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Welche konkreten Maßnahmen planen Sie, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für alle Familien zu gewährleisten?

Zum Hintergrund:

Im Kreis Groß-Gerau fehlen derzeit ca. 1.100 Betreuungsplätze (Stand 2025) im frühkindlichen Bildungsbereich. Zusätzlich werden individuellen Betreuungsbedürfnisse der Familien mit einem KiTa-Platz nicht in ausreichendem Umfang erfüllt. Beispielsweise werden Betreuungszeiten mit kurzen Vorlaufzeiten gekürzt oder es wird nur ein Halbtagsplatz angeboten, obwohl beide Elternteile voll Berufstätig sind. Auch unterschiedliche Kosten innerhalb der einzelnen Kommunen des Kreises bei Inanspruchnahme eines KiTa-Platzes, erhöhen das Armutsrisiko von Familien und können existenzbedrohend sein.

„Für Die Linke beginnt Bildung im Kindergarten. Eine verlässliche und hochwertige Betreuung ist das Fundament für die Entwicklung der Kinder und die Entlastung der Eltern. Echte Vereinbarkeit braucht jedoch mehr als nur einen Kita-Platz: Wir setzen uns für familienfreundliche Arbeitszeitmodelle wie Arbeitszeitverkürzung bei Lohnausgleich, eine gerechte Einkommens- und Abgabengestaltung sowie massive staatliche Investitionen in den Bildungssektor ein. Unser Familienbegriff ist modern: Familie ist dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen.“

Die Kreistagsfraktion der Linken Offenen Liste wird sich weiterhin mit Nachdruck für die Fachkräftegewinnung einsetzen. Wir wollen die Ausbildungskapazitäten in Kooperation mit der Werner-Heisenberg-Schule stärken, die praxisintegrierte Ausbildung (PivA) bekannter machen und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse durch qualifizierte Anpassungsfortbildungen beschleunigen. Auch die Kindertagespflege muss durch attraktivere Rahmenbedingungen als sichere Säule der Betreuung gestärkt werden.

Obwohl die Schaffung von Plätzen kommunale Aufgabe ist, steht der Kreis in der Pflicht, die Einrichtungen bei der Qualitätsentwicklung zu unterstützen. Um Fachkräfte langfristig zu binden, müssen wir die Arbeitsbedingungen verbessern: Kleinere Gruppen, mehr Zeit für Elternarbeit und eine echte Mitgestaltungskultur in den Kommunen sind der Schlüssel zum Erfolg.“

Planen Sie besondere Maßnahmen, um armutsgefährdete Familien zu unterstützen?

„Chancengleichheit darf keine Frage des Geldbeutels sein. Wir fordern eine konsequente **Gebührenfreiheit** für alle Kindertageseinrichtungen – von der Krippe bis zum Ganztags in der Schule. Da Kitas Teil unseres Bildungssystems sind, müssen sie kostenfrei zugänglich sein. Dazu gehört für uns zwingend ein gesundes, regionales und kostenfreies Bio-Mittagessen für jedes Kind.“

Wir wollen Familien bereits ab der Geburt durch einen Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsangebote begleiten. Niederschwellige Eltern-Kind-Gruppen ohne finanzielle Hürden müssen flächendeckend zur Verfügung stehen. Dass Bund und Land die Kommunen bei der Umsetzung des Rechtsanspruchs finanziell allein lassen, ist ein Skandal, den wir auf allen Ebenen thematisieren.

Wir sehen große Probleme bei der Kürzung der Öffnungszeiten. Diese gehen meist zu Lasten der Mütter, die einen höheren Betreuungs- und Organisationsaufwand haben und mit einer kürzeren Arbeitszeit Lohneinbußen in Kauf nehmen müssen. Entsprechend sinken die Rentenansprüche. Für Alleinerziehende ist das besonders prekär.“

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Finanzkraft der Kommunen nicht ausschlaggebend für die Teilhabe ist?

„Investitionen in Bildung sind für uns vorrangig und sind zu leisten. Wir fordern eine grundlegende **Reform der Kommunalfinanzen**. Es ist nicht hinnehmbar, dass Kommunen fast 30 % der staatlichen Aufgaben schultern, aber nur gut 15 % der Steuereinnahmen erhalten. Wir setzen uns für eine Verdopplung des kommunalen Einkommensteueranteils, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer zugunsten der Kommunen und die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer breiter aufgestellten Gemeindewirtschaftssteuer ein. Das bürokratische Hessische KiföG bindet wertvolle Ressourcen und gehört durch eine auskömmliche Basisfinanzierung durch das Land ersetzt.“

2. Themenblock: Inklusion und Chancengerechtigkeit

Zum Hintergrund:

Obwohl es einen gesetzlichen Rechtsanspruch auf einen KiTa-Platz gibt, ist dieser für viele Familien nicht gegeben. Kinder mit Beeinträchtigungen haben es oftmals besonders schwer, einen Platz zu erhalten, der ihren Bedürfnissen gerecht werden kann. Die Antragsstellung zur Maßnahmenpauschale laut KiföG ist für viele Familien undurchsichtig. Selbst wenn die Maßnahmenpauschale genehmigt wird, findet sich oftmals keine (geeignete) KiTa mit genügend Fachkräften oder die Pauschale reicht nicht aus. Auch Familien mit Migrationshintergrund haben es u.a. aufgrund von sprachlichen und kulturellen Barrieren schwer, einen KiTa-Platz zu finden. Gleichzeitig kann Mehrsprachigkeit in einer KiTa eine Ressource für alle Kinder, unabhängig von Herkunft und Alter, sein. Dies zeigen wissenschaftliche Studien der vergangenen Jahre.

Welche Maßnahmen planen Sie für einen gleichberechtigten Zugang bei spezifischen Bedürfnissen?

„Inklusion gelingt nur über den **Personalschlüssel**. Kleinere Gruppen sind das wirksamste Mittel, um auf individuelle Bedürfnisse einzugehen. Wir streben einen Schlüssel von 1:6 bis 1:8 bei den über Dreijährigen an. Es ist beschämend, dass Eltern

oft langwierige und bürokratische Hürden überwinden müssen, bevor eine Gruppenverkleinerung gewährt wird. Wir wollen das System vom Kopf auf die Füße stellen: Die Struktur muss sich dem Kind anpassen, nicht umgekehrt.“

Wie fördern Sie den ressourcenorientierten Umgang mit Heterogenität und Mehrsprachigkeit?

„Vielfalt ist eine Bereicherung, keine Belastung. Wir wollen die Potenziale von Menschen mit Migrationsbiografie besser nutzen, indem wir Hürden bei Arbeits- und Ausbildungserlaubnissen abbauen. Ein Vorbild ist für uns das Modell aus Rheinland-Pfalz, bei dem pädagogische Hilfskräfte mit Migrationsgeschichte zusätzlich zum Personalschlüssel eingestellt und berufsbegleitend zu Fachkräften qualifiziert wurden. Zudem streiten wir für die konsequente Umsetzung der **Kinderrechte** – insbesondere des Rechts auf Gleichheit und Diskriminierungsfreiheit.“

3. Themenblock: Fachkräftemangel

Zum Hintergrund:

Die Fachkräfte gehen täglich an ihre Grenzen. Personelle Unterbesetzung gehören mittlerweile zum Alltag in vielen Kitas des Kreises. Viele Familien müssen auf Grund gekürzter Betreuungszeiten durch strukturelle Unterbesetzung Arbeitszeiten verkürzen (siehe Themenblock 1).

Durch die Öffnung des Fachkräftekatalogs erhofft sich die Politik, eine Entspannung der Personalsituation. Allerdings besteht das Risiko, dass der zusätzliche Einarbeitungsaufwand personelle Ressourcen bindet, die dann an anderen Stellen in der Arbeit mit den Kindern fehlen. Dies kann auch zu einer zusätzlichen Mehrbelastung für bestehendes, qualifiziertes Personal führen.

Wie wollen Sie Personal gewinnen und halten?

„Wir müssen den Erzieherberuf **durch bessere Arbeitsbedingungen und Aufstiegsmöglichkeiten** aufwerten. Dazu gehört auch eine Debatte über die Akademisierung der Ausbildung nach internationalem Vorbild. Eine Aufweichung des Fachkräftekatalogs lehnen wir strikt ab; eine Deprofessionalisierung würde den Fachkräftemangel durch Abwanderung qualifizierten Personals nur verschärfen. Stattdessen fordern wir zusätzliche Mittel für die Anleitung von Auszubildenden (PivA).“

Wie reduzieren Sie die Arbeitsbelastung vor Ort?

„Arbeitszufriedenheit entsteht durch Wirksamkeit. Wir brauchen kleinere Gruppen, mehr demokratische Mitbestimmung der Teams und eine transparente, wertschätzende Kommunikation zwischen den Beschäftigten, den Kita-Leitungen und der kommunalen Verwaltung.“

4. Themenblock: Elternbeteiligung

Zum Hintergrund:

In vielen Kommunen gibt es trotz gesetzlicher Grundlage keine Elternvertretungen. Weder in KiTas noch auf städtischer Ebene haben Familien somit eine Stimme. Eine Vernetzung untereinander bzw. zwischen KEV und Elternbeiräten vor Ort ist noch nicht etabliert und trotz Digitalisierung schwierig.

Werden Sie die Vernetzung der KEV unterstützen?

„Absolut. Wir beobachten mit Sorge, dass Eltern sich gegenüber Verwaltungen teils eingeschüchtert fühlen. Eine **starke Elternstimme** ist für eine lebendige Demokratie unerlässlich. Wir wollen den Dialog zwischen Elternbeiräten, Beschäftigten und Verwaltung aktiv fördern und bürokratische Hürden bei der Vernetzung abbauen.“

Wie stellen Sie sich die Zusammenarbeit mit der KEV vor?

„Wir verstehen uns als Partner der KEV. Die Einrichtung der KEV im Kreis ging auf einen Antrag unserer Koalition im Kreis zurück. Wir wollen den regelmäßigen Austausch verstetigen, um eure Impulse direkt in die politische Arbeit des Kreistags einfließen zu lassen.“

Werden Sie sich für einen stimmberechtigten Sitz im Jugendhilfeausschuss einsetzen?

„Ja, ein fester Sitz im Jugendhilfeausschuss ist für uns selbstverständlich. In anderen Ausschüssen, wie dem Sozialausschuss, wollen wir regelmäßige Anhörungsrechte für die KEV etablieren. Da die Hessische Gemeindeordnung hier Grenzen setzt, bieten wir an, eure Anliegen über unsere Fraktion direkt einzubringen. Zudem laden wir die KEV ein, sich in Gremien wie der Frauenkommission oder dem Inklusionsbeirat zu engagieren – entsprechende Anträge auf Aufnahme werden wir unterstützen.“